

# Autobahn: Linke gegen Privatisierung

Partei bringt im Kreistag eine Resolution ein

**LANDKREIS.** Die Linke-Fraktion im Kreistag fordert den Landkreis Stade in einer Resolution auf, die von der Bundesregierung geplante indirekte Autobahnprivatisierung abzulehnen und diesbezüglich auch auf die CDU-Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann und Enak Ferlemann (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium) einzuwirken. Nach Ansicht der Linken sollte der Landkreis Stade ein Interesse daran haben, dass die Autobahnen in öffentlicher Hand bleiben. Die Linke befürchtet außerdem, dass der Ausverkauf von Autobahnen, im Hinblick auf die Schuldenbremse, auch ein Beispiel für die Privatisierungen von Bundes-, Land-

und Kreisstraßen werden könnte. Dies gelte auch für die öffentlich-privaten Partnerschaften, bei denen den Privaten eine Rendite vertraglich garantiert wird, während die Risiken einseitig zulasten der öffentlichen Hand gehen. „Die Privatisierung würde einen demokratischen Einfluss verhindern und somit der öffentlichen Kontrolle entzogen werden“, warnt der Linken-Fraktionsvorsitzende Benjamin Koch-Böhnke. Auch der Bundesrechnungshof habe dem Bundestag seine Bedenken mitgeteilt. Koch-Böhnke: „Die Autobahnen sind bereits durch die Steuerzahler bezahlt worden. Warum sollten die Bürger die Autobahnen nun noch einmal bezahlen?“ (bt)